

Debatten zu Südosteuropa in der Paulskirche

In den Verhandlungen der von den bürgerlichen deutschen ›Revolutionären‹ im Mai 1848 in die Frankfurter Paulskirche einberufenen Verfassungsgebenden Versammlung nahm die künftige Politik eines Deutschen Reiches gegenüber Südosteuropa einen großen Raum ein, insbesondere als es um die Frage ging, ob Österreich als Ganzes oder nur mit seinen ›deutschen Teilen‹ in einen deutschen Nationalstaat einbezogen werden sollte und wie das Verhältnis zu den ›nichtdeutschen Teilen‹ Österreichs, d. h. zu Gebieten des heutigen Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens, Kroatiens, des Norden Serbiens und Rumäniens zu gestalten sei. Zu Beginn ihrer Beratungen gingen die Abgeordneten nach dem Aufstand in Wien und der Abdankung Fürst Metternichs im März 1848 sowie der folgenden bürgerlichen Revolution in Polen und Ungarn davon aus, daß das Habsburger Reich vor der Auflösung stehe, so daß sich eine Herauslösung der zum Deutschen Bund gehörigen Teile Österreichs ohne Schwierigkeiten realisieren ließe. Erst die Siege der monarchistischen Truppen über die bürgerliche Revolution in Österreich-Ungarn im Sommer und Herbst 1848 schufen unvorhergesehene und unerwünschte Bedingungen für die Verhandlungen über die Grenzen eines Deutschen Reichs (Droz 1960: 71).

Darüber hinaus sah sich die Frankfurter Versammlung im Juni 1848 mit einem ›Slawenkongreß‹ konfrontiert. Das Vorparlament der Verfassungsgebenden Versammlung hatte Tschechen, Slowenen und Polen eingeladen, Repräsentanten nach Frankfurt zu entsenden. Dies stieß jedoch auf Ablehnung. So befürchtete beispielsweise ein Vertreter der tschechischen Bevölkerung, daß die Frankfurter Paulskirchenversammlung die Einverleibung Böhmens und Mährens in einen großdeutschen Staat anstrebe. Als Sprecher der tschechischen Politiker lehnte der Historiker Frantisek Palacky (1798–1876) die Einladung mit der Begründung ab, daß die Tschechen keine Deutschen seien und ihre Hoffnung auf ein neues föderalistisches, multinationales Österreich setzten, in welchem tschechische Rechte gesichert seien (Geiss 1990: 85; Eyck 1973: 1939). Im Ablehnungsbrief vom 11. April 1848 schrieb er:

Ich bin kein Feind Rußlands und ebenso wenig ein Feind Deutschlands; aber ich bin ein Feind ökonomischer Beherrschung, da ich diese als unheilvoll für das Allgemeinwohl und den Fortschritt betrachte (zit. n. Droz 1960: 67).¹

Als Reaktion auf die deutsche Nationalversammlung wurde der Erste Slawenkongreß einberufen, der am 2. Juni 1848 in Prag eröffnet wurde. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus Polen, Tschechen, Slowaken, Serben, Kroaten und Slowenen zusammen. Aus Rußland kamen der Sozialrevolutionär Bakunin und ein orthodoxer Geistlicher (ebd.: 103). Der Kongreß bedeutete eine Kampfansage an das ins Auge gefaßte Deutsche Reich, an den alten österreichischen Kaiserstaat und an den

¹ Der Text des Briefes ist veröffentlicht in Palacky 1874; siehe auch 1866.

russischen Zarismus (Valentin 1977, Bd. 2: 78).² Die Mehrheit der Kongreßteilnehmer strebte die Umwandlung des Habsburger Reichs in eine Föderation gleichberechtigter Nationalitäten an (Pascal 1946: 111; MEW 6: 631, Anm. 309). In einer Erklärung des Kongresses hieß es, eine Allianz dieser Föderation mit einem deutschen Staat sei akzeptabel,

aber wir Slawen können es nicht zulassen, ... daß entweder wir oder ein anderer Teil des Habsburger Reiches von einem ausländischen Staat einverleibt wird... Deshalb protestieren wir gegen jeden Schritt, der in Österreich unternommen wird, Mitglieder für das Frankfurter Parlament zu wählen (zit. n. Namier 1971: 109).

Bevor der Kongreß über eine konkrete Ausformung der angestrebten Föderation abstimmen konnte, mußte er aufgrund von Straßenkämpfen in Prag am 16. Juni 1848 abgebrochen werden. Die Aufständischen, größtenteils Studenten, strebten eine Volksbewaffnung an und verlangten von der österreichischen Militärherrschaft Gewehre und Munition. Doch anstatt die Forderungen zu erfüllen, ließ die österreichische Regierung die Stadt am 17. Juni bombardieren. Die Teilnehmer des Slawenkongresses mußten Prag verlassen (Namier 1971: 115; Bakunin 1973: 135; Valentin 1977, Bd. 2: 80). Die Paulskirchenversammlung begrüßte die Niederschlagung des Prager Aufstandes durch das österreichische Militär und die Beendigung des Slawenkongresses als Dienst an der deutschen Sache (Wollstein 1986: 117).

Ende Oktober 1848 kam es in der Paulskirche im Zuge der Behandlung der Paragraphen 2 und 3 der konzipierten deutschen Verfassung zu einer viertägigen Österreichdebatte. Am Ende wurde mit großer Mehrheit bestimmt, nur die »deutschen Teile« Österreichs in den Deutschen Bund aufnehmen zu wollen (Wollstein 1977: 278 ff.).³ Da die österreichische Regierung nicht auf ihre ost- und südosteuropäischen Herrschaftsgebiete verzichten wollte, war somit die Entscheidung für die »kleindeutsche Lösung« und die Hegemonie Preußens im angestrebten deutschen Nationalstaat gefallen.

Ungeachtet dieses Votums bestand unter den Paulskirchenabgeordneten Konsens darüber, daß der deutsche Bundesstaat »in engster staatlicher Verbindung mit Österreich« bleiben solle und daß eine »commerzielle Einigung« zwischen dem Deutschen Reich und Österreich anzustreben sei (siehe zum Beispiel die Rede Vinckes vom 15. Januar 1849, in: RfdN, Bd. 6: 4638 f.). Auch an einem langfristigen handelspolitischen Ausgreifen des Deutschen Reiches nach Südosteuropa auf der Grundlage eines »mitteleuropäischen« Freihandelssystems zeigte sich die Mehrheit der Abgeordneten sehr interessiert.

² Zum Slawenkongreß ausführlich: Orton 1978.

³ Die Politik der preußischen Regierung verfolgte die »kleindeutsche«, die der österreichischen und einiger süddeutscher Regierungen die »großdeutsche« Option. Dies gilt in gleicher Weise für die Bourgeoisie dieser Gebiete. (Meyer 1955)

Ein ›mitteleuropäisches Reich‹

Viele der bürgerlichen Parlamentarier knüpften an die von List erhobene Forderung nach einem Abbau der Zollschränken und der Einrichtung einer großräumigen Freihandelszone mit dem Mittelpunkt eines Deutschen Reiches an und entwarfen das Bild eines ›mitteleuropäischen Reiches‹, das den Rahmen des traditionellen Großmachtgefüges in Europa sprengen sollte.

So forderte bereits eine Woche nach der Eröffnungssitzung Karl Moering⁴ den »Anschluß der nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Länder Österreichs«, um die Mündungen der Donau, dieses »großartigen Verbindungsweges zwischen Nordsee und dem Schwarzen Meer, zwischen Amerika und Asien, frei zu machen«. Ein Anschluß Ungarns sei mit Blick auf ein Zurückdrängen des »Slawismus« erstrebenswert. Die Politik müsse darauf ausgerichtet werden, »ein gewaltiges, einiges freies Mitteleuropa zu schaffen, das mit starker Faust die Waage zwischen Ost und West, zwischen Republik und Autokratie hält« (zit. n. Wollstein 1977: 265 f.). Ein anderer Abgeordneter sprach von notwendiger deutscher Selbstbehauptung gegenüber »einem despotischen Osten und einem republikanischen Westen« (RfdN, Bd. 4: 2884)⁵, eine Vorstellung, die noch in Legitimationsschriften während des Ersten und Zweiten Weltkriegs fortwirkte. Gleiches gilt für den Begriff ›Mitteleuropa‹, der im Ersten Weltkrieg durch Friedrich Naumann popularisiert wurde. Er wurde als Synonym für ein deutsches Herrschaftsgebiet in Zentral-, Ost- und Südosteuropa in Gegnerschaft zu Frankreich und Rußland bereits in der Paulskirche verwendet. Die Ausführungen Moerings über ›Mitteleuropa‹ übten, ähnlich wie die Südosteuropapläne von List und Pfizer, eine große Anziehungskraft auf die Parlamentarier aus (Wollstein 1977: 270 f.).

Noch weiter als Moering ging ein Parlamentarier, der die Schaffung eines »mitteleuropäischen Riesenstaates« zu Deutschlands »Mission« erhob. Dieser »Riesenstaat mit einer Bevölkerung von 70 bis 100 Millionen« solle »gerüstet gegen Osten und Westen, gegen die slawischen und lateinischen Völker« dastehen, den Engländern die Seeherrschaft abringen und »das größte und mächtigste Volk auf diesem Erdenrunde« werden (RfdN, Bd. 4: 2882).⁶

Auch in der Augsburger Allgemeinen Zeitung wurde die Paulskirchenversammlung im Dezember 1848 zu einer handelspolitischen Einbindung Österreichs zum Zweck einer deutschen Südosteuropa- und Nahostexpansion aufgerufen: »Was Oesterreich den Herren in Frankfurt zu bieten hat, ist die Perle ›Orient.« (AAZ Nr. 365 vom 30. 12. 1848)

Ein Abgeordneter präsentierte die Skizze eines »mitteleuropäischen« Staatenbundes. Er rief den Abgeordneten zu:

⁴ 1810–70; österreichischer Offizier.

⁵ Vorgetragen am 27. 10. 1848 von Wilhelm Wichmann (1820–88), rechtes Zentrum, Stendal, preußischer Assessor.

⁶ Vorgetragen am 27. 10. 1848 von Graf Friedrich Deym (1801–53), rechtes Zentrum, Hohenebel, sudetendeutscher Gutsbesitzer und Schriftsteller.

Wenn es aber nicht möglich ist, daß Österreich als Bundesstaat zu Deutschland halte, ... warum soll Sie dann nicht die großartige Idee zu begeistern vermögen, zu schaffen ... einen engen Staatenbund ..., eine noch nie dagewesene welthistorische Macht ..., gebietend weithin in Mitteleuropa, von der Nord- und Ostsee bis zum adriatischen Meere, über den Rhein und über die Weichsel (RfdN, Bd. 4.: 2857).⁷

In einer anderen Rede wurde für eine Zollunion zwischen einem Deutschen Reich, Österreich und Ungarn plädiert. Auf diese Weise könne der deutsche Einfluß auf Ost- und Südosteuropa dauerhaft gesichert werden. (RfdN, Bd. 4: 2903)⁸

Der Vertreter der demokratischen Mitte und Vorsitzende der Paulskirchenversammlung Freiherr Heinrich von Gagern⁹ hatte bereits 1846 in einer Denkschrift erklärt, daß Österreich für den Verzicht auf die Beeinflussung der Innenpolitik eines preußisch beherrschten »Kleindeutschland« Rückendeckung für seine Italien- und vor allem für eine expansive Südosteuropapolitik erhalten solle. Eine solche Stoßrichtung Österreichs nach Südosten könne dem künftigen Deutschen Reich nur dienlich sein. Jeder Schritt, den Österreich tun würde, um seine Existenz längs der Donau bis ans Schwarze Meer und südlich von der Donau zu konsolidieren und zu erweitern, würde alle deutschen Sympathien für sich haben. Auch der Gedanke an ein Ausgreifen auf Konstantinopel sei keinesfalls verwerflich (Wollstein 1977: 294).¹⁰

Wilhelm Jordan gebrauchte in einer Rede die Metapher von dem am Rhein wurzelnden und mit zwei Riesenästen nach Nordosten sowie Südosten fortreibenden, jugendlichen deutschen Baum, für dessen Wachstum nach Osten keine Grenzen gesetzt seien (RfdN, Bd. 6: 477 f.).¹¹ Damit umschrieb er die beiden wesentlichen deutschen Expansionsrichtungen in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, die nordöstliche nach Polen, den baltischen Ländern, der Ukraine und Rußland und die südöstliche nach Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und dem Osmanischen Reich bzw. der späteren Türkei.

Abgelehnt wurde von den meisten Abgeordneten eine Gleichberechtigung der nicht-deutschen Bevölkerung Österreichs in einem großdeutschen Staat. Demgegenüber befürworteten sie mehrheitlich eine wirtschaftspolitische Anbindung der ost- und südosteuropäischen Teile des Habsburger Reiches, um so eine deutsche Expansion in diese Richtungen zu ermöglichen und zu sichern. Die Geschichtswissenschaft, insbesondere die deutsche, hat die überaus große Übereinstimmung in dieser Frage zwischen Befürwortern eines »kleindeutschen« und

⁷ Vorgetragen am 15. 10. 1848 von Eugen von Mühlfeld (1810–68), Rechte, Wien, Anwalt.

⁸ Vorgetragen am 28. 10. 1848 von Anton Riehl (1820–66), österreichischer Gerichtsrat.

⁹ 1799–1880; 1848/49 hessen-darmstädtischer Minister, Reichsministerpräsident, Reichsminister des Äußern und Innern.

¹⁰ Küntzel 1938 enthält auf den Seiten 272 ff. die zitierte Denkschrift.

¹¹ Vorgetragen am 11. 1. 1849 von Wilhelm Jordan (1819–1904), Berlin, Schriftsteller. Jordan, anfangs der Linken angehörend, wechselte während der Paulskirchendeбаты zum rechten Zentrum.

›großdeutschen‹ Staates bisher kaum herausgestellt (Pascal 1946: 118).

Handelspolitische Zielsetzungen

Unabhängig von der faktischen Ausschließung der ›nichtdeutschen‹ Teile der Habsburger Monarchie aus einem künftigen deutschen Staat rechnete die große Mehrheit der Redner fest mit einer durch handelspolitische Abmachungen fixierten Anlehnung Österreich-Ungarns an ein Deutsches Reich, die dessen Führungsrolle in den südosteuropäischen Donauländern bis zur Adria und zum Schwarzen Meer sichern sollte (Wollstein 1977: 285).

Der Abgeordnete Vogt erläuterte die Strategie einer *Pénétration pacifique*. Nach der Loslösung der ost- und südosteuropäischen Teile des Habsburger Reiches von Österreich erwartete er aufgrund der deutschen Wirtschaftskraft deren freiwillige Unterwerfung unter eine deutsche Hegemonie. Die dortigen Nationalitäten würden »in ihrer Freiheit einsehen, was ihnen frommt«, nämlich »ein inniger Anschluß an Deutschland« durch Handelsvereinbarungen – Bündnisse, »gegen welche die Völker murren und sich auflehnen, wenn man sie ihnen aufdrängt« (RfdN, Bd. 4: 2889 ff.).¹²

Handelspolitische Überlegungen spielten bei der Konzipierung der deutschen Südosteuropapolitik in der Paulskirche eine bedeutende Rolle. Österreichs Aufgabe wurde darin gesehen, »die Donau und das Schwarze Meer für den deutschen Handel zu erobern« (RfdN, Bd. 6: 4611).¹³ Ebenso wie bei List wurde den Ländern Ost- und Südosteuropas von den Abgeordneten die Rolle von Lieferanten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zugedacht, während das Deutsche Reich dorthin Fertigprodukte exportieren sollte, mithin die Etablierung eines klassischen imperialistischen Abhängigkeitsverhältnisses. Der Studentenführer Giskra erklärte dazu, noch lange bleibe

das Vorhaben unmöglich, im östlichen Österreich eine technische Production in größerem Maßstab zu gründen. Anderentheils hat der Himmel seinen Segen über die Ebenen des östlichen Österreichs so reich gegossen, daß noch auf lange hinaus die Bodencultur die einzig nützliche und wirthschaftlich richtige Productionsart bilden wird. Ebenso lange werden daher die östlichen Länder nach den Producten der westlichen Länder fragen und mit Rohproducten eintauschen und bezahlen ... und es wäre nichts mehr zu wünschen, als daß recht viel Rohproducte von Osten her zollfrei hereinkämen, denn ebenso viele technische Producte werden dahin, und zwar mit höherem volkswirtschaftlichen Gewinne abgesetzt (RfdN, Bd. 4: 2792).¹⁴

Giskra entwickelte in der Paulskirche die detailliertesten Vorstellungen für einen deutschen Handel in Ost- und Südosteuropa. Am 15. Januar 1849 plädierte er für eine Einbeziehung der ost- und

¹² Vorgetragen am 27. 10. 1848 von Carl Vogt (1817–95), Gießen, extreme Linke, Professor für Zoologie.

¹³ Vorgetragen am 13. 1. 1849 vom Abgeordneten Joseph von Würth (1817–55), rechtes Zentrum, Wien, Reichsstaatssekretär.

¹⁴ Vorgetragen am 21. 10. 1848 von Carl Giskra (1820–88), linkes Zentrum, Mährisch-Trübau, Professor (Jura) und Studentenführer, 1867–70 österreichischer Innenminister.

südosteuropäischen Teile Österreichs in ein großdeutsches Reich. Auf diese Weise könnten »die weiten ungarischen Gefilde« für die deutschen Bauern geöffnet werden, die sonst über den Ozean gehen müßten, und diese könnten dort »unter dem Schutz deutschen Rechtes ... dem reichen Boden tausendfältige Früchte abgewinnen«. Dann sei es einem Deutschen Reich möglich, über die metallreichen Berge Österreich-Ungarns und die kroatische Adriaküste »mit ihrem Schiffholz und tüchtigen Matrosen« zu verfügen und dann hätte Deutschland den »Keil und den Hammer« zugleich, um »zwischen Nord- und Südslaven hineinzudringen, und an des Schwarzen Meeres Küsten das deutsche Banner zu entfalten. (Stürmisches Bravo auf mehreren Seiten)« (RfdN, Bd. 6: 4860).

Hier finden sich in konzentrierter Form wesentliche Ziele der späteren deutschen Ost- und Südosteuropakonzeptionen: Das Bestreben, Ost- und Südosteuropa durch deutsche Auswanderer zu kolonisieren; das Interesse an Rohstoffen für die deutsche Holz- und Textilindustrie und den südosteuropäischen Erz- das heißt Metallvorkommen; das Interesse, einen Keil zwischen »Nord- und Südslaven« zu treiben, das heißt die Bevölkerung Ost- und Südosteuropas zu spalten; und das strategische sowie handelspolitische Ziel eines deutschen Zugangs zur Adria und dem Schwarzen Meer.

Zugang zur Adria und zum Schwarzen Meer

Der Besitz der Donaumündungen beziehungsweise deren Zugehörigkeit zum deutschen Einflußbereich wurde von zahlreichen Abgeordneten der Paulskirche als besonders wichtig bezeichnet. Die Donau, »der geborne Träger deutschen Verkehrs«, sei bestimmt, die größte deutsche Handelsstraße zu werden (RfdN, Bd. 8: 5863).¹⁵ Der Weg zu den Donaumündungen, »wohin die öffentliche Stimme bei jeder Gelegenheit weist«, dürfe Deutschland nicht verschlossen sein (RfdN, Bd. 4: 2773).¹⁶ Es müsse das Ziel deutscher Politik sein,

daß einst die deutsche Küste bespült werde von den Wogen des Schwarzen Meeres (RfdN, Bd. 6: 4575).¹⁷

Parlamentspräsident Gagern erklärte am 21. März 1849, unerläßlich für »die Sicherung des Fortschrittes deutscher Kultur« sei die Abwehr »fremden vorherrschenden Einflusses« entlang der Donau (RfdN, Bd. 8: 5879 ff.).

Am 29. Januar 1849 debattierte die Paulskirchenversammlung einen Antrag¹⁸ zur Einrichtung

¹⁵ Vorgetragen am 21. 3. 1849 vom Abgeordneten Franz Josef Buss (1803–78), Freiburg, Professor für Staatswissenschaft und Völkerrecht. In der Paulskirche war er Vertreter des sozialen Katholizismus. Im Deutschen Reich von 1871 wurde er Gründungsmitglied der Zentrums Partei (Bleek 1998: 33).

¹⁶ Vorgetragen am 21. 10. 1848 von Johann Nepomuk Fritsch (1791–1872), rechtes Zentrum, österreichischer Kreishauptmann.

¹⁷ Vorgetragen am 11. 1. 1849 von Wilhelm Jordan.

¹⁸ Gestellt vom Abgeordneten Friedrich Schulz (1813–67), Weilburg, Gymnasialprofessor, »und Genossen«.

eines »Ausschusses zur Berathung der Donaufrage« (Donau-Kommission). Um die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses zu unterstreichen, betonten die Antragsteller, daß es für Deutschland eine »unendlich wichtige« Aufgabe sei, sich den »Donauländern« zuzuwenden,

in Erwägung, daß es sich um nichts Geringeres handle, als dem deutschen Handel und der deutschen Auswanderung schon in alter Zeit benützte Wege wieder zu gewinnen, und unter Abwehr der drohend anwachsenden Uebergriffe Rußlands dem erneuten Deutschland innigere Beziehungen zum Orient zu sichern (RfdN, Bd. 7: 4927).

In zwei Ansprachen an das Parlament vom 29. Januar und 15. März 1849 unterstrichen die Antragsteller die Auffassung, daß der Besitz der Donau, der »bedeutendsten Wasserstraße Europas«, darüber entscheide, »ob in Europa die germanische oder (die) slawische Welt vorherrschen soll« (RfdN, Bd. 7: 4927; siehe auch Wollstein 1977: 301). Der Antrag wurde von der Versammlung trotz Unterstützung in der Sache zurückgewiesen. In der Ablehnungsbegründung hieß es:

Der völkerrechtliche Ausschuß verkennt in keiner Weise, so wenig in politischer wie in commercieller Beziehung, die Bedeutung und Tragweite der im obigen Antrage beregten Donaufrage, und rechnet es mit zu den Obliegenheiten der deutschen Centralgewalt, den Donauländern ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden... Deutschland hat an der Donau eine kräftige Politik zu verfolgen... Die großen Lebensinteressen werden sich mit der Zeit geltend machen (RfdN, Bd. 7: 4927).

Es könne jedoch nicht Aufgabe der Verfassungsgebenden Versammlung sein, diese Entwicklung zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschleunigen zu wollen (RfdN, Bd. 7: 4927). Ein möglicher Hintergrund dieser Entscheidung mag die Solidarität der Paulskirchenversammlung mit den bürgerlichen Revolutionären Ungarns gewesen sein, die zu diesem Zeitpunkt noch gegen Habsburger Militärs kämpften und die nicht mit offenen deutschen Herrschaftsansprüchen über das gesamte Donaugebiet und der Forderung nach Lenkung der deutschen Auswanderung nach Ungarn brüskiert werden sollten. Die Mehrheit der Abgeordneten vertraute darauf, eine handelspolitische Anbindung Südosteuropas langfristig mit wirtschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

Neben der Forderung einer deutschen Kontrolle der Donau bis an das Schwarze Meer verlangten viele Redner einen sicheren Zugang des zukünftigen deutschen Reichs zur Adria.¹⁹ Zugänge zur Adria und zum Schwarzen Meer galten ihnen als Voraussetzung verlässlicher deutscher Handelswege in den Nahen Osten.

Ein Abgeordneter erklärte, die deutsche Verbindung zur Adria über Österreich sei eine »Lebensader« und ein »Lebensnerv«, deren Abtrennung einen »wesentlichen Theil des ganzen materiellen Lebens in Deutschland« beeinträchtigen würde, da hiermit die ganze Zukunft vernichtet würde, »die sich deutschem Einflusse, deutscher Schiffahrt und deutschem Handel nach dem

¹⁹ Wollstein 1977: 287; RfdN, Bd. 4: 2773 (Fritsch), 2777 (Eisenmann), 2780 (Arneth), 2794 (Giskra), 2856 (Mühlfeld), 2858 ff. (Vincke), 2898 f. (Gagern), 2903 f. (Riehl), 2908 (Wurm).

Oriente aufzutun begonnen (habe)« (RfdN, Bd. 4: 2794).²⁰

Parlamentspräsident Gagern ergänzte zustimmend:

Die gesicherte Verbindung mit dem adriatischen Meere uns zu erhalten, ist die Aufgabe, die dort unserer nationalen Entwicklung gesteckt ist. Die dazu erforderliche Gränze uns zu bedingen, daß müssen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalen Einheit ersteben (RfdN, Bd. 4: 2898).

Der Sprecher der Rechten in der Paulskirche, Vincke, fasste die hinter der Forderung eines deutschen Zugangs zu den europäischen Meeren stehende Zielsetzung dahingehend zusammen, auf diese Weise könne sich ein großes und mächtiges Deutsches Reich an die Spitze der Staaten von Europa stellen (RfdN, Bd. 4: 2861).²¹

Die Auswanderungsfrage

Von vielen Rednern wurde die seit Anfang der 1840er Jahre von den deutschen Nationalökonomien Friedrich List und Wilhelm Georg Friedrich Roscher sowie den Autoren der Augsburger Allgemeinen Zeitung, der Deutschen Vierteljahresschrift und des *Staatslexikons* von Rotteck/Welcker publizierte Forderung einer Organisation der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa aufgenommen.²² Eine »vermehrte Lenkung der Auswanderung entlang der Donau bis zu deren Mündung« sei notwendig für eine »Neuordnung des Donauraumes« und eine deutsche »Kolonisation« unter den »slawischen Stämmen« (RfdN, Bd. 4: 2890 f.).²³

Durch den Zug von »Millionen deutschen Siedlern« an die »leeren Gefilde« der Donau könne dort »unser Texas, unser Mexiko« entstehen (RfdN, Bd. 8: 5721).²⁴ Die Lenkung der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa wurde – wie von Friedrich List – auch in der Paulskirche als ein Instrument zur Bekämpfung des deutschen Pauperismus betrachtet. Während die der Massenarmut entfliehenden deutschen Auswanderer in Übersee von dem »vorherrschenden anglo-amerikanische Stamme« absorbiert würden, könnten sie in Südosteuropa dem »Deutschtum« erhalten bleiben (RfdN, Bd. 8: 5863).²⁵

Die Verhinderung eines jugoslawischen Staates bzw. eines südosteuropäischen Staatenbundes

Einigkeit bestand unter den Paulskirchenabgeordneten in der Zielsetzung, die Entstehung eines jugoslawischen²⁶ Staates oder einer Föderation von Staaten Ost- und Südosteuropas zu verhindern.²⁷

²⁰ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Würth.

²¹ Vorgetragen am 25. 10. 1848 von Ernst Friedrich Georg Freiherr von Vincke (1811 – 75), Hagen, Sprecher der Rechten, preußischer Landrat.

²² Wollstein 1977: 288; RfdN, Bd. 4: 2790 (Würth), 2850 (Wagner), 2891 (Vogt), 2899 (Gagern).

²³ Vorgetragen am 27. 10. 1848 von Carl Vogt.

²⁴ Vorgetragen am 16. 3. 1849 von Friedrich Schulz.

²⁵ Vorgetragen am 21. 3. 1849 vom Abgeordneten Buss.

²⁶ Die Paulskirchenabgeordneten sprachen von einem »südslawischen« Staat. Die Übersetzung von »Südslawien« in das Serbokroatische lautet Jugoslawia beziehungsweise Jugoslawien.

²⁷ Zur Zeit der Paulskirchenversammlung gab es bereits verschiedene Initiativen zur Schaffung eines jugoslawischen

So warnte ein Redner vor einer ausschließlichen Einverleibung der deutschen Teile Österreichs in einem deutschen Staat,

da bei solcher Auflösung Österreichs ein südslawisches Reich zu erwarten ist, dem sich wahrscheinlich Kroatien, Bosnien, Dalmatien, Serbien, Bulgarien, Slavonien und die wendischen Bestandtheile Österreichs anschließen dürften... Es würde sich also ein Staat bilden, der uns wenig nützen könnte, der uns vielmehr allen Verkehr und Handel nach jener Richtung abschneiden möchte (RfdN, Bd. 4: 2773 f.).²⁸

Am 25. März 1848 hatte die Nationalversammlung in Agram (Zagreb) ein gemeinsames Regierungsoberhaupt für die Gebiete Kroatien, Dalmatien und Slawonien gewählt (Valentin 1977, Bd. 1: 549). Diese Entwicklung wurde in den deutschen Fürstentümern und Österreich mit Argwohn betrachtet.

In der Paulskirche wurde betont, daß es »in Deutschlands hohem Interesse liege«, die Entstehung neuer selbständiger »Slaven- und Magyaren-Reiche« an der deutschen Ostgrenze zu verhindern. Diese neuen Staaten würden sich »unfehlbar« einem »südslawischen« Bund zuwenden. In diesem Fall drohe die deutsche und österreichische Aufgabe, »die deutsche Gesittung ... nach dem barbarischen Osten zu tragen«, unmöglich gemacht zu werden (RfdN, Bd. 4: 2779).²⁹

Es bestehe die Gefahr der Entstehung eines großen, selbständigen »südslawischen Reiches«, welches unsere Enkel mit dem Schwerte wieder erobern müssen, wenn dem deutschen Volke die Aufgabe, welche dieses Volk hat, nämlich die Civilisation, die deutsche Cultur und deutschen Geist nach dem Osten zu verbreiten, klar geworden ist (RfdN, Bd. 4: 2852 f.).³⁰

Das in der Paulskirche formulierte Ziel, einen föderativen jugoslawischen Staat zu verhindern, um den deutschen und österreichischen Hegemonialansprüchen in Südosteuropa keiner starken Gegenkraft auszusetzen, konnte noch 70 Jahre lang aufrecht erhalten werden. Bis 1918 blieben Slowenien und Kroatien unter der Herrschaft von Österreich-Ungarn, von 1878 bis 1918 fiel auch Bosnien-Herzegowina unter österreichisches Protektorat.

Staatenbundes. Der erste wichtige Vertreter des Jugoslawismus war der serbische Innenminister Garasanin, der 1844 ein Memorandum verfaßte, in dem er davon ausging, daß die Regierungen Österreichs und Rußlands das Balkangebiet aufteilen würden, wenn es nicht gelänge, unter Serbiens Führung rechtzeitig einen Bund der christlichen Bevölkerung des Balkans an die Stelle der europäischen Besitzungen des Osmanischen Reichs zu setzen. Durch ein starkes Serbien könne die Unabhängigkeit der Bevölkerung des Balkans von den Großmächten erreicht werden. Eine weitere wichtige Quelle des Jugoslawismus war der Illyrismus, eine Ideologie, die zwischen 1830 und 1848 in Kroatien entstand und verbreitet wurde. Diese Ideologie wurde abgeleitet von der Vorstellung einer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft der Südslawen, die auf das antike Volk der Illyrier zurückgehe. Ziel der Anhänger des Illyrismus war die kulturelle und politische Vereinigung der katholischen und orthodoxen Jugoslawen. Aus dem Illyrismus entwickelte sich nach 1848 auch in Kroatien der Jugoslawismus, der die nationale Einigung der jugoslawischen Bevölkerungsgruppen anstrebte. Sein prominentester Vertreter wurde in den folgenden Jahrzehnten der kroatische Bischof Strossmayer (1815–1905). (siehe auch Weithmann 1993: 113).

²⁸ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Fritsch.

²⁹ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Arneht.

³⁰ Vorgetragen am 25. 10. 1848 vom Abgeordneten Ignaz Kaiser (1819–95), rechtes Zentrum, Wien, Anwalt.

Die antislawische bzw. antirussische ›Mission‹

Die angestrebte ökonomische, politische und kulturelle Durchdringung Südosteuropas durch das künftige Deutsche Reich und Österreich wurde – wie bei List – von der Paulskirchenversammlung zu einer deutschen »Mission« erhoben. Die Abgeordneten vertraten die Auffassung, daß es notwendig sei, auf die »in Cultur und Entwicklung immer zurückstehenden« Länder Ost- und Südosteuropas Einfluß auszuüben. Die deutsche Herrschaft könne und werde dort zwar nicht geliebt werden, doch habe sich erwiesen, daß »den slavischen Völkern des Ostens« deutsche Bildung und deutsche Kultur vermittelt werden müsse (RfdN, Bd. 4: 2787 f.).³¹

Die Sichtweise der Paulskirchenabgeordneten war von der in den deutschen Fürstentümern grassierenden Überzeugung geprägt, wonach die Natur ›die Slawen‹ zu Sklaven und Knechten und nicht zu Herrschern bestimmt habe. Diese Sichtweise hatte sich seit der deutschen Eroberung und Kolonisation großer Teile Ost- und Südosteuropas seit dem 10. Jahrhundert tradiert und verfestigt. Eine Unterwerfung »der Slawen durch die Deutschen« wurde als gesetzmäßig und natürlich angesehen (Wippermann 1981: 38). Den ›Slawen‹ wurde die Fähigkeit zur und das Recht auf Eigenstaatlichkeit abgesprochen. Zu ihrer Führung sei »die deutsche Kulturnation« berufen (Lammich 1978: 3 f., 19).

Parlamentspräsident Gagern sprach am 27. Oktober 1848 vom »weltgebietenden Beruf des deutschen Volkes«. Das künftige Deutsche Reich habe nach dem »Orient« hin die Bestimmung, daß wir diejenigen Völker, die längs der Donau zur Selbständigkeit weder Beruf noch Anspruch haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfassen (RfdN, Bd 4: 2898 f.).

Die Abgeordneten der Paulskirchenversammlung verbanden diesen Sendungs- bzw. Missionsanspruch, den sie oft auch »welthistorisch« nannten, in ihren Reden mit Begriffen wie Zivilisation, Freiheit, Wissenschaft, Bildung und Humanität, einer angeblich spezifischen »deutschen Gesittung und Art« und einem »deutschen« und »germanischen Geist«. Diese Ausdrücke offenbarten ein zivilisatorisches Überlegenheitsgefühl, verbunden mit Hegemonialansprüchen.

Den größten Gegner für die Erreichung dieses Ziels sah das ›liberale‹ bzw. ›revolutionäre‹ Bürgertum der Paulskirche dabei in Rußland. Wenn der angestrebte deutsche Staat und Österreich nicht Rußland in die Hände arbeiten und dem eigenen »jähren Verderben« und Verfall ausgesetzt sein wollten, mußten sie gemeinsam eine »Vormauer im Osten« (RfdN, Bd. 4: 2869 f.)³² bzw. »eine Vormauer gegen Rußland« (RfdN, Bd. 6: 4637)³³ errichten. Österreichs Aufgabe sei es, »das

³¹ Vorgetragen am 20. 10. 1848 vom Abgeordneten Georg Waitz (1813–86), rechtes Zentrum, Göttingen, Professor für Geschichte.

³² Vorgetragen am 25. 10. 1848 vom Abgeordneten August Reichensperger (1808–95), Köln, rechtes Zentrum, stellvertretender Vorsitzender der katholischen Vereinigung des Parlaments, preußischer Landgerichtsrat.

³³ Vorgetragen vom Abgeordneten Vincke.

deutsche Wesen im Südosten zu verbreiten« (RfdN, Bd. 4: 2787 f.).³⁴ In einem Redebeitrag hieß es, ein deutsches Reich müsse allein schon deshalb den Donauweg in Südosteuropa kontrollieren, um den dortigen Übergriffen Rußlands mit der Entschiedenheit, die Sie alle fordern entgegen treten zu können... Wer von Ihnen fühlt nicht den Unmuth in seiner Brust, wenn er einen Blick auf die Karte wirft und sieht, wie die Mündung des größten der deutschen Ströme, die Mündungen der Donau, in der Hand jenes Reiches sind, welches Alles thut, was in seinen Kräften steht, um deutsche Schiffahrt und deutschem Handel entgegenzutreten und dessen Aufblühen im Keim zu ersticken (RfdN, Bd. 4: 2780 f.).³⁵

Eine Zurückdrängung Rußlands in Südosteuropa galt den Abgeordneten als unerläßliche Voraussetzung für die Erfüllung der immer wieder beschworenen »Mission«, wohin die Aufgabe Deutschlands seit Jahrhunderten gerichtet ist, der Träger und Vermittler der Cultur, der Wissenschaft und der Freiheit nach dem Oriente zu sein, nämlich nach jenen Ländern Europas, die nach jenen Donaustreichen hin liegen, das Licht der Freiheit und die Fackel der Bildung zu bringen, deren sie noch entbehren (RfdN, Bd. 4: 2774).³⁶

Um diese deutsche »Mission« zu ermöglichen und Russland die Donaumündungen zu entreißen, müsse Deutschland stark gemacht werden. Dann könne es sich Ost- und Südosteuropa »assimilieren« (RfdN, Bd. 4: 2908).³⁷

Die Paulskirchenabgeordneten gaben mit diesen Redebeiträgen über die Mission deutscher »Art, Gesittung und Kultur« ein frühes Zeugnis der später von vielen Deutschen verinnerlichten Vorstellung: »Am deutschen Wesen soll die Welt genesen«³⁸. Dieser Anspruch sollte zuerst in Ost- und Südosteuropa verwirklicht werden. Daß sich hinter diesem angeblichen Auftrag im Dienste der Zivilisation direkte ökonomische Interessen in Südosteuropa und im Nahen Osten verbargen, offenbarte u. a. Parlamentspräsident Gagern. Er bemerkte, wenn »die orientalische Frage« in den Vordergrund trete, werde sie für die Weltstellung Österreichs und eines Deutschen Reiches von großem Einfluß sein. Ein Deutsches Reich könne sich für diese Situation eine günstige Ausgangsbasis schaffen, wenn es im Vorfeld vielfache Beziehungen zu den »Süd-Donauländern« knüpfe. Um anderen Mächten zuvorzukommen, solle ein Deutsches Reich gemeinsam mit Österreich so früh wie möglich danach streben, seine Kultur und Sprache in den Ländern »längs der Donau bis an das Schwarze Meer« auszubreiten und sich dort einen »reichen Markt öffnen« (RfdN, Bd. 4: 2908). Ein anderer Parlamentarier sprach von den »großen materiellen und politischen

³⁴ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Waitz.

³⁵ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Alfred Ritter von Arneth (1819–97), rechtes Zentrum, Wiener Historiker.

³⁶ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Fritsch.

³⁷ Vorgetragen am 28. 10. 1848 vom Abgeordneten Christian Wurm (1803–59), Hamburg, gebürtig aus Württemberg, linkes Zentrum, preußischer General, Journalist und Gymnasialprofessor (Geschichte).

³⁸ Erstmals gab Emanuel Geibel 1861 diese Parole aus.

Culturinteressen« Deutschlands in den Donauländern, die nicht »dem russischen Einflusse zur Beute gegeben« werden dürften (RfdN, Bd. 7: 4811).³⁹

Die antirussischen und antislawischen Ressentiments der Abgeordneten waren verbunden mit einer Angst vor der angeblichen Gefahr des Panslawismus, über dessen Bekämpfung sich die Paulskirchenversammlung wiederholt Gedanken machte. Ein Vorschlag zielte auf eine Vereinigung von Ungarn und der Walachei, um auf diese Weise »in die südliche Macht Rußlands einen ganz kräftigen Keil hinein(zu)treiben. (Bravo auf der Linken)« (RfdN, Bd. 4: 2783).⁴⁰

Nicht alle Abgeordneten vertrauten allein auf die Mittel der Bildung und Kultur zur Durchsetzung einer deutschen Hegemonie in Ost- und Südosteuropa und von da aus weiter in den Nahen Osten. Wilhelm Jordan rief die Abgeordneten am 25. Juli 1848 in der Polendebatte der Paulskirchenversammlung dazu auf, sich endlich zu einem »gesunden Volksegoismus« durchzuringen. »Im Osten« sei es den Deutschen im Verlauf der Geschichte immer wieder gelungen, »Eroberungen des Schwertes« und der »Pflugschar« zu machen. Zu diesem »Recht auf Eroberung« könnten und sollten sich die Deutschen bekennen (RfdN, Bd. 2: 1145 f.).

Ein anderer Parlamentarier sprach vom »heiligen Krieg«, der ohnehin irgendwann »zwischen der Kultur des Westens und der Barbarei des Ostens« ausgetragen werden müsse (Wollstein 1977: 303).⁴¹ Ein weiterer erklärte: »Wenn es je zum Kriege kommen sollte, dann käme es zu einem Kriege zwischen Deutschen und Slaven« (RfdN, Bd. 4: 2779).⁴² Heinrich von Gagern schrieb im Rückblick über die Periode der bürgerlichen Revolution:

Der Krieg mit Rußland – um der Ostsee und der Ostseeprovinzen willen – um Polens – um der Donau und der orientalischen Verhältnisse ... war der populärste durch ganz Deutschland (zit. n. Valentin 1977, Bd. 1: 544).

Bakunin berichtete, »das sinnlose Geschrei der Deutschen gegen die Slawen« sei 1848/49 am lautesten im Frankfurter Parlament zu vernehmen gewesen. Dies hätte nichts mehr mit Demokratie zu tun gehabt, sondern sei »der Ruf des deutschen nationalen Egoismus« gewesen. Die Deutschen seien seit langem gewohnt gewesen, die »Slawen« als ihre Leibeigenen zu betrachten und verträten die Auffassung, sie müßten jene »unter dem Stock halten«, um sie zu disziplinieren (zit. n. MEW 18: 609). Bakunin bemerkte:

In diesem Haß gegen die Slawen, in dieser Slawenfresserei waren sich sämtliche Parteien (1848/49) ausnahmslos einig; ... am lautesten schrieten die Demokraten gegen die Slawen: in Zeitungen und

³⁹ Vorgetragen am 21. 1. 1849 vom Abgeordneten Heinrich Julius Ahrens (1808–74), gemäßigte Linke, Professor (Jura).

⁴⁰ Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Heinrich Reitter (1816–1906), gemäßigte Linke, Österreichische Nationalbank, Prag.

⁴¹ Vorgetragen vom Abgeordneten Vogt.

⁴² Vorgetragen am 21. 10. 1848 vom Abgeordneten Eisenmann.

Broschüren, in Parlamenten und Volksversammlungen, in den Klubs, den Bierkneipen und auf der Straße... Es war ein solcher Lärm, ein so unaufhörlicher Sturm, daß die Slawen, wenn das deutsche Geschrei jemanden töten oder beschädigen könnte, schon längst allesamt umgekommen wären (Bakunin 1973: 137f.).

Den Hass auf Rußland bezeichnete Bakunin als eine »der stärksten Nationalleidenschaften Deutschlands« (zit. n. MEW 18: 613).

Die Redebeiträge der Paulskirchenversammlung dokumentieren, wie sehr eine angebliche »slavische Gefahr« als Bedrohung der deutschen Kultur und der deutschen Wirtschaftskraft betrachtet wurde. Sechs Jahrzehnte später wurde diese Gefahr zum Begründungsmuster für die angebliche Notwendigkeit des Ersten Weltkrieges (Lammich 1978: 3, 5).

Resümee der deutschen Südosteuropapläne der 1840er Jahre

Die in der Paulskirche gehaltenen Redebeiträge offenbarten, daß unabhängig von einem Votum für die klein- oder großdeutsche Lösung unter preußischer oder österreichischer Führung und unabhängig, ob es sich um Vertreter der Rechten oder der Linken handelte (auch Hein 1998: 77 f.), unter den Parlamentariern Einigkeit darin bestand, daß ein künftiges deutsches Reich mit Unterstützung Österreichs Ost- und Südosteuropa kolonisieren und sich die dortige Bevölkerung unterwerfen sollte. Um den Zugriff auf das angeblich »natürliche« deutsch-österreichische Kolonisationsfeld zu sichern, sollte eine russische Hegemonie in Ost- und Südosteuropa unter allen Umständen verhindert werden.

In den Debatten der Paulskirche wurde die spätere deutsche Südosteuropapolitik in vielfältiger Weise vorkonturiert. Immer wieder bekräftigt wurden dabei sechs Hauptziele:

1. Die Sicherung bedeutender ökonomischer Interessen.
2. Die Konzentration der deutschen Auswanderung und Kolonisation auf Südosteuropa.
3. Der ideologisch aufgeladene und rassistisch begründete Anspruch einer angeblich notwendigen deutschen Mission in Südosteuropa und im Nahen Osten, unter dem Deckmantel von Kultur, Bildung und Zivilisation.
4. Das Bestreben, einen jugoslawischen Staat bzw. einen südosteuropäischen Staatenbund, der nicht unter deutscher Hegemonie stehen würde, zu verhindern.
5. Das ökonomisch und strategisch begründete Bestreben, einen Zugang zur Adria und zum Schwarzen Meer zu erreichen.
6. Die Errichtung eines »Bollwerks« gegen Rußland in Südosteuropa.

Die Redebeiträge beinhalteten nahezu alle Zielsetzungen und ideologischen Begründungsmuster der späteren deutschen Expansionspläne nach Südosteuropa: das Basisvertrauen in ökonomische und militärische Machtpolitik, die Abwertung der Bevölkerung Ost- und Südosteuropas aufgrund ihres

angeblichen Mangels an Kultur und ihrer Unfähigkeit zur ›Staatenbildung‹ und die Rechtfertigung deutscher Expansion im Namen von Kultur, Demokratie und Fortschritt. Es ist mithin falsch, wenn die Historiographie das Aufkommen eines extremen deutschen Nationalismus erst in der Periode nach 1866 erkennen will und ein Interesse an imperialistischer Expansion in Deutschland erst für die Zeit nach 1890 konstatiert.

In der deutschen Geschichtsschreibung werden die expansionistischen und rassistischen Statements der bürgerlichen Parlamentarier von 1848/49 oftmals verschwiegen oder verharmlost. Statt dessen plädieren Historiker dafür, daß ›die Identität der Deutschen‹ sich an den ›Ideen und Ordnungsprinzipien‹ der Paulskirchenversammlung orientieren solle (Der Spiegel 7/1998: 54). Dagegen bleibt mit dem britischen Historiker Lewis B. Namier festzuhalten, daß die ›glorreiche Revolution‹ von 1848/49 die Geburtsstunde des aggressiven deutschen Nationalismus war (Namier 1971: 57). In den Schriften der 1840er Jahre von Friedrich List, Paul Pfizer, Wilhelm Georg Friedrich Roscher und anderen, in den Artikeln der Augsburger Allgemeinen Zeitung, der Deutschen Vierteljahresschrift und Rotteck-Welckers *Staatslexikon* sowie in den Debatten der Paulskirche finden sich die Keime der deutschen Kriegszielprogramme von 1914–1918, der Keim von Naumanns ›Mitteleuropa‹, der Keim der deutschen Geopolitik, der Keim nationalsozialistischer Eroberungs- und Großraumpläne und die alldem zugrunde liegende Überzeugung von einer angeblich notwendigen und berechtigten deutschen Hegemonie über die Länder Südosteuropas (Pascal 1946: 108, 120).